

Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf und Behinderungen
VwV vom 8. März 1999, Zuletzt geändert durch VwV vom 22.08.2008
(K. u. U. S. 149, ber. S. 179)

2.3. Leistungsmessung und Leistungsbeurteilung, **Nachteilsausgleich**

2.3.1 Allgemeine Grundsätze

Anmerkungen:

Die schulische Leistungsmessung steht im Dienst der Chancengleichheit. (...) Die Chancengleichheit ist eine Ausformung des Gleichheitssatzes nach Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" . Dieser Satz verlangt nicht, bei allen Menschen die gleichen Handlungsmuster anzulegen. Der Gleichheitssatz bedeutet vielmehr, dass die Menschen vor dem Gesetz nach den gleichen Maximen zu behandeln sind, dass also Lebenssachverhalte, die von ihrem Wesen her gleich sind, auch rechtlich gleichgestellt werden müssen; der Gleichheitssatz bedeutet aber auch umgekehrt, dass bei Lebenssachverhalten, die von ihrem Wesen her ungleich sind, von Rechts wegen zu differenzieren ist.	<p>GG Art 3, Abs. 3, 1992 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden</p> <p>SchG BW § 15, 1997 Die Förderung behinderter Schüler ist auch Aufgabe in den anderen Schularten</p> <p>Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, 2009</p> <p>KMK Beschluss, 2011 Bildung und Erziehung von jungen Menschen mit Behinderungen sind Aufgaben aller Bildungseinrichtungen.</p>
Insofern kann es auch rechtlich geboten sein, Nachteile von Schülern mit besonderem Förderbedarf oder mit Behinderungen auszugleichen. Dieser auf dem Gleichheitssatz beruhende Anspruch zur Differenzierung muss aber - wiederum aus Gründen der Gleichbehandlung aller Schüler - eine Grenze finden:	Schüler haben einen (rechtl.) Anspruch auf Differenzierung , der sich aus dem Grundrecht (Art. 3) ableitet
Die Anforderungen in der Sache selbst dürfen nicht eigens für einzelne Schüler herabgesetzt werden.	Grenze: Anspruchsniveau (=Anforderungsprofil)
Die Hilfestellungen für den Schüler ebnen ihm also Wege zu dem schulartgemäßen Niveau; dieses Niveau dann zu erreichen, kann aber auch Schülern mit besonderem Förderbedarf oder Behinderungen nicht erlassen werden.	Der Nachteilsausgleich bezieht sich auf die Hilfen, mit denen der Schüler den Anforderungen entsprechen kann „Die indiv. Lern- und Entw.voraus. d. Kinder u. Jugendl. bestimmen den Unterricht und erfordern Differenzierung und Individualisierung.“ (vgl ebd. VwV, Abschnitt 1)
Der Nachteilsausgleich für Schüler mit besonderem Förderbedarf oder für behinderte Schüler lässt daher das Anforderungsprofil unberührt und bezieht sich auf Hilfen, mit denen die Schüler in die Lage versetzt werden, diesem zu entsprechen.	
Die Art und Weise solcher Hilfen hängt von den Umständen des Einzelfalles ab.	Art und Weise der Hilfestellung ist individuell!
Zum einen können die allgemeinen Rahmenbedingungen auf die besonderen Probleme einzelner Schüler Rücksicht nehmen.	Hilfen können sich beziehen auf: 1. Rahmenbedingungen z.B. bes. Sitzplatz bei Blendempfindlichkeit

Daneben sind auch besondere, nur auf einzelne Schüler bezogene Maßnahmen des Nachteilsausgleichs möglich, insbesondere durch eine <i>Anpassung der Arbeitszeit</i> oder durch die <i>Nutzung von besonderen technischen oder didaktisch-methodischen Hilfen</i> .	2. schülerspezif. Maßnahmen • z.B. verlängerte Arbeitszeit bei herabgesetztem Lesetempo • z.B. Nutzung eines Laptops, wenn Handschrift nicht möglich
Auch ist es möglich, die Gewichtung der schriftlichen, mündlichen und praktischen Leistungen im Einzelfall anzupassen; allerdings muss jede dieser Leistungsarten eine hinreichende Gewichtung behalten.	3. Notengewichtung (vgl. NVO §7) z.B. mündliche Note eines sprachbehinderten Schülers
Im Rahmen des Nachteilsausgleiches ist es insoweit auch möglich von den äußeren Rahmenbedingungen einer Prüfung abzuweichen.	• z.B. Chat bei selektivem Mutismus • z.B. Prüfung in einem extra Raum
Solche besonderen, auf einzelne Schüler bezogenen Maßnahmen des Nachteilsausgleiches sind nur in besonders begründeten Ausnahmefällen gerechtfertigt; in den beruflichen Schulen sind sie nur möglich, soweit sie mit den jeweiligen spezifischen Ausbildungszielen vereinbar sind.	Maßnahmen des Nachteilsausgleichs sind immer Einzelfallentscheidungen in Ausnahmesituationen.
Mit bindender Wirkung für die Fachlehrer obliegt die Entscheidung der Klassen- oder Jahrgangsstufenkonferenz , soweit deren Mitglieder den Schüler unterrichten, unter Vorsitz des Schulleiters ,	Nachteilsausgleich als pädagogisches Instrument in Verantwortung der Schule!
ggf. unter Hinzuziehung eines Beratungs- oder Sonderschullehrers, schulischer Ansprechpartner, LRS-Fachberater oder in Ausnahmefällen der örtlich zuständigen schulp-psychologischen Beratungsstelle; die Klassen- oder Jahrgangsstufenkonferenz kann außerschulische Stellungnahmen oder Gutachten in ihre Entscheidungsfindung einbeziehen.	Schule KANN Experten hinzuziehen. (Anm.: Ein ärztl. Gutachten ist nicht zwingend erforderlich! Die Klassenkonferenz hat zu beurteilen, ob die Einbeziehung eines Gutachtens notwendig ist)
Die betroffenen Schüler und Eltern werden frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbezogen. Maßnahmen des Nachteilsausgleiches können in der Klasse begründet und erläutert werden.	Eltern und Schüler müssen einbezogen werden (Mitschüler können)
Maßnahmen des Nachteilsausgleiches werden nicht im Zeugnis vermerkt.	KEIN Zeugnisvermerk Anm: Kommunikation erleichtert Lehrerwechsel
Mögliche Härten, die sich aus dem für alle Schüler gleichermaßen geltenden Anforderungsprofil ergeben, können mit den jeweiligen bestehenden Ermessensspielräumen gemildert werden, insbesondere bezüglich Nachlernfristen, Ausnahmeregelungen bei Versetzungsentscheidungen, zusätzliche Wiederholungen von Klassen oder Jahrgangsstufen, Ergänzungen der Noten durch verbale Beurteilungen oder Ausnahmeregelungen bei der Aufnahme in weiterführende Schulen.	vgl. auch NVO, Schulbesuchsverordnung, Versetzungsordnungen, Zeugnisvorschriften
	Zusammengestellt von: Landesarbeitsstelle Kooperation www.kooperation-bw.de

Mögliche Vorgehensweise beim Ermitteln des Nachteilsausgleiches

Ablauf:

- I Anfrage
- II Klärung
- III Beratung und Beschlussfassung
- IV Anwendung
- V Wiedervorlage

Beteiligte:

- Schule (Lehrkräfte, Schulleitung)
- Betroffene (Schülerin/Schüler, Eltern)
- Gegebenenfalls Experten

I Anfrage

- Durch die betroffene Schülerin, den betroffenen Schüler oder deren bzw. dessen Eltern
- Durch die Lehrkraft, den sonderpädagogischen Dienst etc.

II Klärung

- Worin besteht die Beeinträchtigung?
- Wie wirkt sie sich auf das schulische Lernen aus?
- Sind alle Fächer gleichermaßen betroffen?
- Was würde helfen?
- Braucht das Kollegium zusätzliche Informationen / Expertenwissen zur Beeinträchtigung, zum Krankheitsbild, zum Nachteilsausgleich selbst oder zu Hilfsmitteln?
- Wurde bei dieser Schülerin / diesem Schüler schon einmal ein Nachteilsausgleich gewährt?
- Wurde dieser dokumentiert?
- Wie werden die Schülerin / der Schüler und ihre / seine Eltern einbezogen?
- Sind Abschlussprüfungen betroffen?

III Beratung und Beschlussfassung in der Klassenkonferenz

- Vorsitz: Schulleitung
- Dokumentation der geplanten Maßnahmen
- In welcher Form wird der Konferenzbeschluss den abwesenden Kollegen mitgeteilt?

IV Anwendung

- Wie wird die Einhaltung des Nachteilsausgleichs sichergestellt?
- Muss / kann / soll man die Maßnahmen mit Einverständnis der / des betroffenen Schülerin / Schülers in der Klasse oder auf dem Elternabend ansprechen?
- Sind die Maßnahmen geeignet, d.h. gleichen sie wirklich den durch die Beeinträchtigung entstandenen Nachteil aus?

V Wiedervorlage

- Wann wird der Nachteilsausgleich in der Klassenkonferenz erneut besprochen und geprüft?
- Hat sich die Situation verändert (neue Fächer und Anforderungen, andere Lehrkräfte, andere Hilfsmittel, veränderte Beeinträchtigung etc.)

Dokumentationsbogen Nachteilsausgleich

Name: _____

Datum: _____

Klasse: _____

Klassenleitung: _____

Teilnehmer / -innen der Konferenz:

Ausgangssituation (Diagnose):

Auswirkungen auf das schulische Lernen:

Vereinbarte Maßnahmen:

Dokumentationsbogen Nachteilsausgleich

Wer muss informiert werden?

Nachfragen bei:

Anlagen:

einbezogene Experten:

Wiedervorlage am: _____

Verbleib des Dokumentationsbogen: _____

Unterschrift Klassenlehrer/ -in

Unterschrift Schulleitung

Informationen und Hilfe im Einzelfall zu Fördermaßnahmen, Unterstützungssystemen, Nachteilsausgleich, usw. erhalten Sie bei der Vertreterin / dem Vertreter der beruflichen Schulen in der Arbeitsstelle Kooperation (ASKO) bzw. den Autismusbeauftragten Ihres regional zuständigen Staatlichen Schulamtes.

Staatliches Schulamt	ASKO-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter für berufliche Schulen	Autismusbeauftragte für berufliche Schulen
Backnang	Carola Demmel carola.demmel@ssa-bk.kv.bwl.de	Oliver Reeß ro@gssso.de
Böblingen	Manfred Haller manfred.haller@ssa-bb.kv.bwl.de	Gabriele Glassl gabriele.glassl@ssa-bb.kv.bwl.de
Göppingen	Brigitte Hagmayer-Kurz brigitte.hagmayer-kurz@ssa-gp.kv.bwl.de	Klara Ida Hofmann HO@jvl-gp.de
Heilbronn	Marco Asser marco.asser@ssa-hn.kv.bwl.de	Marco Asser marco.asser@ssa-hn.kv.bwl.de m.asser@jjws.de
Künzelsau	Kurt Rüdinger kurt.ruedinger@ssa-kuen.kv.bwl.de	Kurt Rüdinger kurt.ruedinger@ssa-kuen.kv.bwl.de kurt.ruedinger@gwkuen.de
Ludwigburg	Melanie Heil melanie.heil@ssa-lb.kv.bwl.de	Daniela Müller daniela.mueller@ksn-stuttgart.de
Nürtingen	Ilona Wanke ilona.wanke@hoppenlau.de Sandra Lepple sandra.lepple@ssa-nt.kv.bwl.de	Ilona Wanke ilona.wanke@hoppenlau.de
Stuttgart	Norbert Müller norbert.mueller@ssa-s.kv.bwl.de	Norbert Müller norbert.mueller@ssa-s.kv.bwl.de